

FDP Wetterau

## **CORONA BREMST BUSUNTERNEHMEN AUS**

27.05.2020

---

FDP Wetterau im Gespräch mit Balser-Reisen

Liberale fordern von der Landesregierung eine größere Unterstützung für die (Bus-) Reisebranche

Der hessische FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn hat zusammen mit dem ehrenamtlichen FDP-Kreisbeigeordneten Wolfgang Patzak die Büdinger Firma Balser-Reisen besucht, um mit Geschäftsführer Wilfried Balser und dem Prokuristen Markus Drotleff insbesondere über die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie auf die Busfahrtbranche zu sprechen.

„Wir haben uns in den letzten Jahren auf den Linienverkehr konzentriert, und kommen deswegen mit einem blauen Auge davon“, berichteten Balser und Drotleff den Liberalen. Rund 20 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen derzeit, nur vier davon musste Balser-Reisen in die Kurzarbeit schicken. Dennoch sei die derzeitige Lage im (Bus-)Reisegeschäft fatal. „Der Zeitraum von März bis Juni ist eigentlich unser Hauptreisezeitraum“, berichtete Balser und prophezeite: „Busreisen werden in diesem Jahr keine Rolle mehr spielen. Die Hemmschwelle, eine Busreise anzutreten, wird zunächst trotz sinkender Fallzahlen zunächst bleiben.“

Der Wetterauer FDP-Landtagsabgeordnete Hahn sagte hierzu: „Wir Freie Demokraten haben im Hessischen Landtag einen umfassenden Gesetzesentwurf vorgelegt und fordern, dass wirtschaftliche Verluste, die aufgrund der Corona-Krise entstanden sind, zumindest teilweise durch eine staatliche Unterstützung kompensiert werden. Es drohen insbesondere in unserem wichtigen Mittelstand Insolvenzen und schwere Marktverwerfungen. Der von uns vorgeschlagene Gesetzesentwurf würde zu der Rettung der hessischen Wirtschaftskraft und der Rettung von Arbeitsplätzen beitragen. Die schwarz-grüne Landesregierung muss auch der Reisebranche klare Signale und

perspektivische Rahmenbedingungen liefern, um der Branche endlich wieder eine Zukunft zu bieten.“

Balser und Drotleff berichteten den Liberalen zudem noch über eine fehlende Mittelstandsfreundlichkeit im Zuge von öffentlichen Ausschreibungen beim Linienverkehr. Zum einen würden im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen die zu vergebenden Streckenabschnitte in immer größeren Bündeln, mit einem dadurch größer werdenden Personal- und Fuhrparkaufwand, angeboten. Kleinere Unternehmen hätten dadurch immer schlechtere Möglichkeiten, sich gegen ein großes Unternehmen, dass über einen größeren Fuhrpark und einer größeren Personaldecke verfüge, durchzusetzen. Dass zudem diverse Ausschreibungen an dem Einsatz eines Elektrofahrzeuges geknüpft sei, sei für viele mittelständische Busfahrtunternehmen kaum zu stemmen. Die E-Omnibusse seien im Vergleich zu herkömmlichen Omnibussen mit Verbrennungsmotor erheblich teurer, die Reichweite gerade auch im Ostkreis zu gering. Zudem fehle in ländlichen Gebieten die benötigte Infrastruktur, wie beispielsweise ein ausreichendes Ladestationsnetz.

„Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr ist für uns Liberale ein wichtiges Anliegen. Mittelständische Busunternehmen dürfen nicht aufgrund von ausufernden Vorgaben oder immer größer werdenden Ausschreibungspaketen daran gehindert werden, an Ausschreibungsverfahren teilzunehmen“, so der Büdinger FDP-Politiker Patzak.